

Sächsische Volkszeitung

erscheint täglich nachm. mit Ausnahme des Sonn- und Feiertags.
Bezugspunkt: Berlin. 1 Mk. ohne Briefporto. für Deut-
schland 3 K 68 h. Bei a. a. Postamtstellen 1. Bezugspreis 10 Pf. extra.
Einzelnummer 10 Pf. — Heftauskunfts-Sprechstunde: 11—12 Uhr.

Unabhängiges Tageblatt für Wahrheit, Recht u. Freiheit

Inserate werden bis 8 Tagesabstand verliehen od. deren Raum mit 15 L.
Seitenschriften mit 50 d. die Seite berechnet, bei Wiederholung auf 100.
Buchdruckerei, Herstellung und Geschäftshäuser: Dresden.
Villauer Straße 43. — Herausgeber: R. 1306.

Hausfrauen und Mütter

verwenden mit großem Erfolg Haferkakao mit Zucker
1/4 Pfund 23 Pfennige, wohlbekömmlich und kräftigend,
nur von

Gerling & Rockstroh, Dresden
Niederlagen in allen Stadtteilen.



Porzellan
Majolika
Terracotta
Kristall u. Metall

Für das 4. Quartal

abonniert man auf die „Sächsische
Volkszeitung“ mit der täglichen Roman-
beilage sowie der wöchentlich erscheinenden
Beilage „Festabend“ zum Preise von
1.80 Mk. (ohne Briefporto)
durch den Boten ins Haus **2.10 Mk.**

stehen, manche nahmen auf den Tribünen Platz. Im Saale selbst waren über 500 Abgeordnete aus allen Kulturstädten anwesend. Die Ministerbank war bis auf den letzten Platz besetzt. Da lagen sie alle der Reihe nach die Herren: Bülow, Bethmann-Hollweg, Rheinbaben, Tivits, Einem, Delbrück, Betsch, Holle, Schön, Sadow und ganz unten Dernburg. Der Staatssekretär vom Reichsjustizamt, Nieberding, stand im Hintergrunde. Abgeordneter Eichhoff eröffnete den Kongress und schlug den Abgeordneten Prinzen Schönaich-Carolath zum Präsidenten vor. Allgemeiner Applaus. Als Verhandlungssprache wurde das Französische gewählt, doch ist deutsch und englisch zugelassen. Der Präsident begrüßte in herzlicher Weise und erzielte dann dem Reichskanzler Fürst Bülow das Wort. Bevor dieser sprach, wurde ihm von den freudigen Delegierten eine sich immer wiederholende Sympathiekundgebung zuteil. Die Begrüßungsrede des Reichskanzlers, die im elegantesten Französisch frei und fließend vorgetragen wurde, gestaltete sich zu einer ausgesprochenen Friedenskundgebung und fand wiederholt sehr starken Beifall. Den Satz: Friedensliebe bedeutet nicht Mangel an Vaterlandsliebe! unterschied der ganze Kongress durch lebhafte Handclatschen. Wenn der Reichskanzler am Schlüsse auch erklärte, daß Deutschland stark genug sein müsse, um seine Unabhängigkeit zu verteidigen, so war dies nicht nur selbstverständlich, sondern änderte auch an der sehr guten Aufnahme der Kundgebung nichts. Die ausländischen Deputierten waren voll des Lobes über Prince de Bülow. Der zweite Punkt der Tagesordnung: Studium aller Fragen für die Haager Konferenz, auch die Abrüstungsfrage, wurde ohne Debatte nach dem Referat des dänischen Abgeordneten Bojer angenommen und eine Erklärungsendepeche an den Kaiser abgefertigt.

Dann vertagte der Kongress mit Rücksicht auf die Nachmittags stattfindende Sitzung des Conseil Interparlement die Weiterverhandlungen auf Freitag vormittag. Heute abend sind die Teilnehmer des Kongresses Gäste des Prinzen Schönaich-Carolath und der Berliner Handelskammer.

Politische Mundschau.

Dresden, den 18. September 1908.

— Aufnahme der parlamentarischen Arbeiten. Der Reichstag wird seine Arbeiten am 3. November wieder aufnehmen; die soziale Kommission, welche die Gewerbeordnungsnovelle berätet, wird schon am 21. Oktober zusammenkommen. Die Eröffnung des preußischen Landtages findet am 20. Oktober statt.

— Warum nicht vorgestellt? Die „Süd. Reichszeitung“ schreibt, daß der Prinz von Cumberland, der im bayerischen Heere dient und an den Kaisermonarchen teilnimmt, sich dem Kaiser nicht vorgestellt habe. Nach Mitteilungen aus gut unterrichteter Quelle wünschte der Kaiser die Vorstellung nicht.

— Die neuen Gehaltsätze für die Offiziere bringen für die Subalternoffiziere eine Art von Dienstaltersstufensystem; die Gehaltsätze beginnen mit 1500 Mk. und steigen um 300 Mk. alle 4 Jahre bis 2100 Mk. Das Endgehalt erreichen sie also nach 8 Jahren, abgesehen davon, ob sie Oberleutnantsträger bekleiden oder nicht. Bisher betrug für den Leutnant der Höchststufe 1290 Mk. für den Oberleutnant der Höchststufe 1890 Mk. Die beiden Gehaltsklassen für die Hauptleute fallen ebenfalls fort; das Grundgehalt beträgt 4000 Mk. (bis 3400), es steigt alle 4 Jahre um 600 Mk. und erreicht mit 8 Jahren den Höchststufe von 5200 Mk. (bis 4600 Mk.). Dazu kommt für alle Offiziere eine Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses, das im allgemeinen 50% der heutigen Höhe beträgt.

— Für die Erstwahl im Wahlkreis Altena-Herlohn ist an Stelle des verstorbenen Hilfs-Rechtsanwalt Cremer (Hagen) als Kandidat der nationalliberalen Partei in Aussicht genommen.

— Die preußische Lehrerbefreiungsvorlage enthält eine verschiedene Behandlung der Lehrer in Stadt und Land. Nach unseren Informationen wird diese Vorlage von den Konservativen, Freikonservativen und dem Zentrum abgelehnt werden, so daß dann eine gleiche Bekleidung der Stadt- und Landlehrer eintreten muß. Die Regierung wird an dieser Aenderung das Gesetz nicht scheitern lassen; man hofft sogar, daß es schon zu Weihnachten erledigt sein wird.

— Fürst Eulenburg wird, da die Charité der Justizbehörde die betreffenden Räume über den 1. Oktober hinaus nicht überlassen kann, zu diesem Termin anderweit untergebracht werden müssen. Ob eine Überführung in ein Sanatorium unter polizeilicher Überwachung in Frage kommt, ist noch ungewiß. Der Zustand des Fürsten wird von einer Seite als sehr bedenklich, von anderen als hoffnungslos bezeichnet. Einige seiner Blätter bringen bereits Notizen vom „Sterbelager Eulenburgs“. In weiten juristischen Kreisen hat man den Eindruck, daß der Prozeß

nie mehr aufgenommen wird. Einiges Verbrechen erregt es, wenn außerdem in Interviews die Fürstin Eulenburg, die Jungen Ernst und Niedel zu verdächtigen sucht; daß die Dame zu ihrem Vatten hält, eht sie, aber dadurch sind nicht Verdächtigungen anderer gerechtfertigt. Es gibt Leute, die die heutige Erkrankung des Fürsten immer noch als einen geschickten Schachzug ansehen, da er bekanntlich ein großes Talent zum Schauspieler hat.

Der Sozialdemokratische Parteitag in Nürnberg stand am Donnerstag im Zeichen des Sturmes; die Gefahr des Bruches zwischen Nord und Süd scheint nicht allzuweit zu sein. Die Ausführungen des bayerischen Abgeordneten Segitz, der bekanntlich im bayerischen Landtag die Erklärung zur Budgetbewilligung abgegeben hat, waren so ziemlich das schärfste, was man bisher auf dem Parteitag zu hören bekam; sie enthielten keineswegs den Geist der Verbündlichkeit. Aber auch auf der anderen Seite scheint kein Wille zum Nachgeben vorhanden zu sein. Wie nämlich Segitz mitteilte, fanden am Donnerstag stundenlange Verhandlungen zwischen den beiden Lagern statt. In dem Moment, als er Vermittelungsvorschläge machen wollte, habe Singer seine Mappe zugemacht und gesagt: Jetzt ist es genug der Konzessionen! Der Abgeordnete Eichhorn soll gegen einen Redakteur eines süddeutschen Blattes gegenüber gesagt haben, daß die ganzen Verhandlungen darauf angelegt sind, „einige hinausfliegen zu lassen“. Der Ge- noffe Ebert habe dem Genossen Bebel wegen seiner verbündlichen Einleitung der Debatte Vorwürfe gemacht und es wäre beschlossen worden, daß nicht Bebel, sondern Ebert das Schluswort zur Debatte haben würde. Dieser Gründung, die später dadurch eine Nichtigstellung erfuhr, daß Bebel erkraut sei, folgten die Ause: „Gemeinheit, Unverbündlichkeit!“ Und als der Redner auf die Bewilligung der Genossen im Berliner Rathause zu sprechen kam, wo 8 Millionen für Polizeizwecke gefordert werden sollen, wurden ihm von dem sich wie rasend gebärdenden Genossen Borchmann „Ganz gemeiner Schwundel“ vorgeworfen. Durch den ungeheueren Lärm, der dadurch entstand, war Segitz veranlaßt, seine Ausführungen zu schließen, und unter dem tosenden Beifall seiner Nürnberger Genossen, die als Zuhörer im hinteren Teile des Saales anwesend waren, verließ er das Podium. Wenn nicht besondere Umstände eintreten, dann ist der Bruch unvermeidlich. Die Resolution des Parteivorstandes, an der die Majorität zahlt festhält, wird von den Süddeutschen strikt abgelehnt, und jeder Kompromißantrag wird mit Hohn aufgenommen. Genosse Frohme Berlin führte aus, man sei hier auf dem Parteitag nicht da, um über die süddeutschen Genossen zu Gericht zu sitzen, sondern um einen wichtigen Streit so zu entscheiden, daß die Partei keinen Schaden erleide. Jedenfalls hätten die süddeutschen Genossen bei der Abstimmung in bester Absicht gehandelt. Reichstagabgeordneter Gess-Oppenburg hält die Resolution des Parteivorstandes für den einzigen gangbaren Weg. Der bessliche Landtagsabgeordnete Ulrich-Oppenbach führte aus, die Berliner hätten über das Ziel hinausgeschossen und den süddeutschen Genossen falsche Motive untergedoben. Mayer-Heidelberg bemerkte: Werfen Sie unsere Abgeordneten hinaus, dann werfen Sie alle badischen Genossen aus der Partei hinaus! Redner fordert auf, die Resolution abzulehnen, wenn der Parteivorstand nicht so viel Verantwortungsgefühl habe, sie zurückzuziehen. Ein geradezu furchtbarer Skandal folgt diesen Worten. Schmidt-Günther hält dem Genossen Gildebrand, der am Mittwoch gesprochen hat, entgegen, daß keine zehn Prozent der württembergischen Genossen hinter den württembergischen Abgeordneten stehen. Singer erklärt die Ausführungen des Abgeordneten Segitz für unwahr. Wenn so gekämpft werde, dann müsse jedem die Lust an der Partei vergehen. Neuer Skandal folgt bei den nun folgenden persönlichen Bemerkungen des Genossen Eichner. Genosse Borchmann-Berlin bietet ihm eine Ohrfeige an, worauf sich Eichner damit revanchiert, daß er ihn einen Verleumder nennt. Genosse Ebert gibt die Erklärung ab, daß alles ertrunken und erlogen sei, was vorhin Segitz über die Unterredung zwischen ihm und Bebel gesagt habe. Dieser ruft: Genossen, wie ist es möglich, daß hier solche gemeine Schnüffler und Intriganten sein können? Zubei antwortet: Das ist der Kampf der Süddeutschen! Bebel erklärt: Er sei wider den Willen seiner Aerzte nach Nürnberg gegangen und habe Genosse Ebert aus diesem Grunde vorgeschlagen, das Schluswort zu übernehmen. Genosse Ebert habe ihm keine Vorwürfe gemacht. Das könne nur der Genosse Thiele, der während der Versprechung im Postzimmer des Tagungsortes anwesend war, gewesen sein, der dem Genossen Segitz die Sache hinterbracht. Solche gemeine Intriganten seien lebhaft zu bedauern. Genosse Segitz erwidert darauf, er verdenkt Bebel die Entrüstung nicht. Der Genosse, der ihm die Mitteilung gemacht habe, sei der Genosse Ritterfall (Bozing-München). Stürmisches Tumult folgt dieser Mitteilung. Am Schlüsse der Versammlung gingen die Genossen Borchmann und Gess auf den Redakteur Eichner zu und bedrohten ihn mit Fäusten. Eichner verließ lächelnd das Lokal. Erregte Gruppen von Arbeitern besprachen noch lange nach Schluss der Sitzung, der außergewöhnlich spät erfolgte, die Ereignisse des Nachmittags. Rautsky wetterte gegen „die süddeutschen Verbrecher“; wenn David sage, es sei Kadavergehorsam, sich der Partei zu fügen, so seien das anarchistische Anschauungen. Vertrauen gewinne man nicht, wenn man jemand die Pistole auf die Brust setze. Die Sozialdemokratie gehe der Auflösung ent-